

Gutscheine fürs Studium

*Eine kühne Reform der **BILDUNGSFINANZIERUNG** soll die Hochschulkrise lösen. Bafög wird dadurch überflüssig*

VON CLAUS PETER SIMON

Den Keim legte der Bundespräsident höchstpersönlich. Ende 1997 hatte Roman Herzog dazu aufgerufen, die „bürokratischen Fesseln“ des Bildungswesens zu „sprengen“ und einen „neuen Aufbruch“ zu wagen. Die Bertelsmann-Stiftung gründete daraufhin einen Expertenzirkel unter präsidentaler Schirmherrschaft. Der schickt sich nun an, das deutsche Hochschulwesen einer Radikalkur zu unterziehen. Das dazu nötige Instrumentarium haben der Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft und das Gütersloher Centrum für Hochschulentwicklung (CHE) diese Woche der Öffentlichkeit vorgestellt. Die wichtigsten Forderungen: Weg mit dem Bafög! Her mit Studiengebühren!

Was auf den ersten Blick wie eine Anleitung zum sozialen Kahlschlag klingt, könnte sich jedoch als hoch wirksame Therapie erweisen, die einerseits die Hochschulen zu Wettbewerbern um Geldmittel macht und andererseits eine sozial ausgewogene Finanzierung der Studierenden ermöglicht (siehe Grafik).

Nötig ist das allemal. Nicht einmal jeder sechste Student erhält überhaupt noch diese staatliche Förderung, vor 15 Jahren war es jeder Dritte. Stattdessen arbeiten heute mehr als die Hälfte der Studierenden nebenher und verlängern so die Studienzzeit. Auch das Bafög-Reformchen im Mai – maximal 20 Mark (10,23 Euro) mehr im Monat – bringt da keine Besserung. Kaum anders die Lage an den Hochschulen. Mangelverwaltung und Lethargie lähmen den Bildungsbetrieb.

Der erste Teil des kühnen Reformvorhabens nennt sich Investif – individuelle Investitionsförderung in Bildung. Durch die Kombination von drei Rezepten soll die Finanzierung der Studierenden auf völlig neue Füße gestellt werden: Jeder Student erhält eine Sockelfinanzierung von etwa 350 Mark (178,95 Euro) direkt ausbezahlt. Dafür entfallen die staatlichen Transferleistungen an die Eltern (Kindergeld, Steuervorteile) und das Bafög.

Zusätzlich wird das so genannte Bildungssparen eingeführt. Eltern und Verwandte sollen schon früh im Leben ihrer Sprösslinge Sparverträge für die Hochschulbildung abschließen. Der Staat gewährt eine Prämie, falls das Kind tatsächlich studiert. „Bildungssparen ist mindestens so sinnvoll wie Bausparen, und das wird schließlich auch staatlich gefördert“, sagt Manfred Erhardt, Generalsekretär des Stifterverbandes.

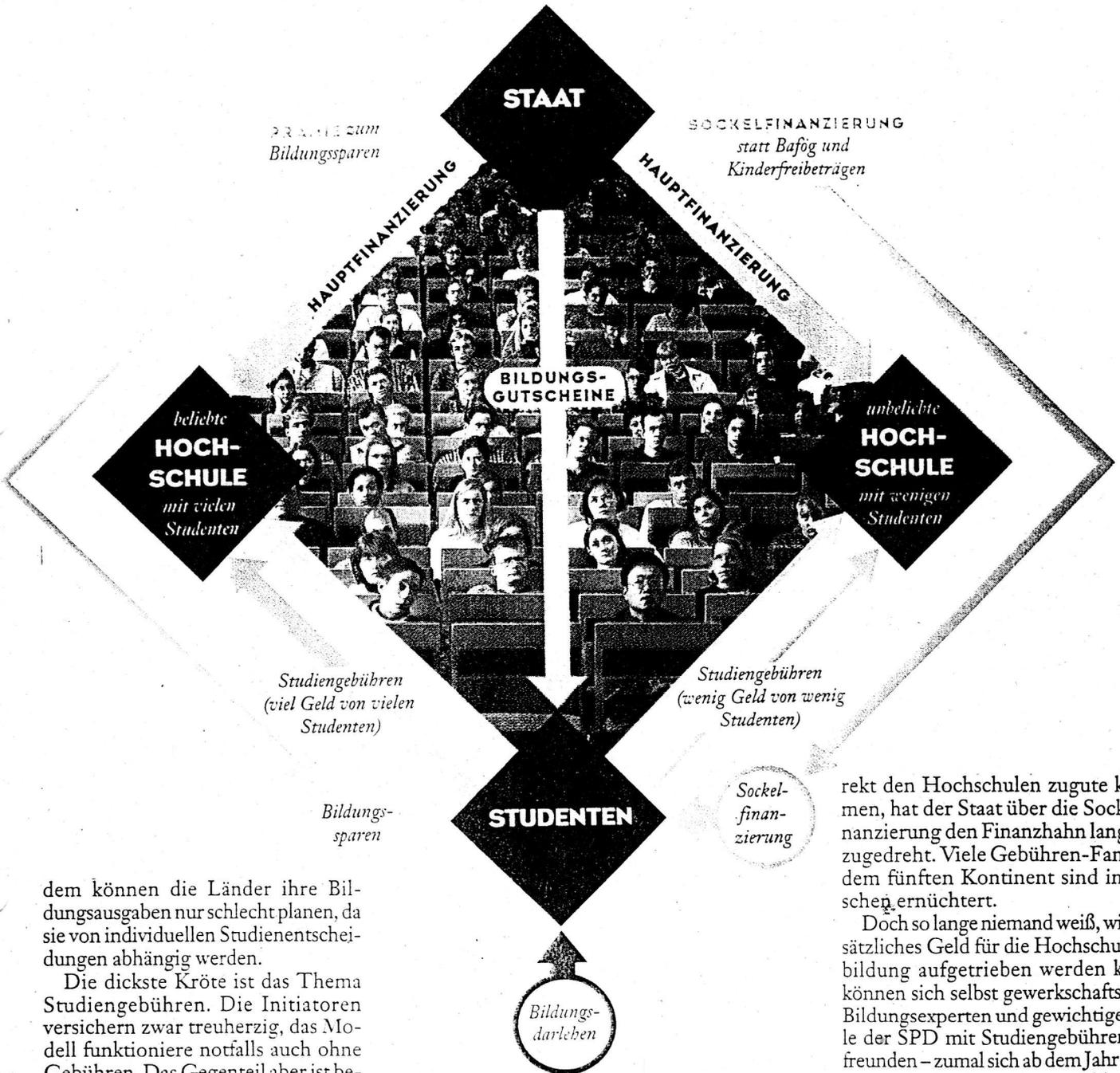
Wessen Familie nichts sparen kann und eine bestimmte Einkommensgrenze nicht überschreitet, der kann ein Darlehen bei einem öffentlich-rechtlichen Kreditinstitut in Anspruch nehmen. Zurückgezahlt wird es einkommensabhängig nach dem Studium. Unterhalb einer bestimmten Grenze setzt die Tilgung aus, nach 25 Jahren erlischt die Restschuld komplett. Die Ausfallsicherung übernimmt der Staat.

Der länderübergreifende Wettbewerb soll durch das zweite Kernstück der Reform in Gang kommen: Gefos – Geld folgt Studierenden. Demnach garantiert der Staat den Hochschulen zwar weiterhin die Hauptfinanzierung, ermuntert die Studenten aber zu einer Abstimmung mit den Füßen.

Dazu bekommen die Studierenden von ihrem Herkunftsland (z. B. Bayern) Bildungsgutscheine, die sie im Studienland (z. B. Hamburg) einreichen. Die Hamburger Hochschule lässt sich die Gutscheine dann von den jeweiligen Herkunftsländern auszahlen. „Das wird dazu führen, dass die Hochschulen um Studierende werben und attraktive Studiengänge anbieten“, prophezeit CHE-Leiter Detlev Müller-Böling.

Die Realisierungschancen des Reformvorhabens sind nicht schlecht. So gut wie alle bildungspolitischen Akteure sind direkt oder indirekt an dem Expertengremium beteiligt. Mitglieder des CHE ist neben der Bertelsmann-Stiftung die Hochschulrektorenkonferenz, der Stifterverband wird von der Wirtschaft finanziert. Außerdem sitzen ausgewiesene Finanz- und Steuerexperten wie Peter Bareis und der gewerkschaftsnahe Essener Bildungsforscher Klaus Klemm in dem Gremium. Höchst geschickt kombiniert das Modell bereits bekannte Elemente aus dem Ausbildungsförderungsmodell Baff der Grünen und dem Drei-Körbe-Modell der Kultusminister.

Das Wohlwollen vieler Seiten ist der Initiative sicher. Einige Stolpersteine sind jedoch nicht wegzudiskutieren. „Die Stadtstaaten werden von den Bildungsgutscheinen profitieren, weil sie schon immer viele Studenten von außerhalb angezogen haben“, sagt Müller-Böling. Bislang ausschließlich mit Landesmitteln finanziert, müssen sie derzeit auch Studenten aus anderen Bundesländern durchfüttern. Entsprechenden Gegenwind erwartet Müller-Böling aus den Flächenstaaten. Außer-



dem können die Länder ihre Bildungsausgaben nur schlecht planen, da sie von individuellen Studienentscheidungen abhängig werden.

Die dickste Kröte ist das Thema Studiengebühren. Die Initiatoren versichern zwar treuherzig, das Modell funktioniere notfalls auch ohne Gebühren. Das Gegenteil aber ist beabsichtigt: Im vergangenen Jahr hatten CHE und Stifterverband ein Gebührenmodell vorgestellt, das ebenfalls über Bildungssparen und Darlehen finanziert werden sollte – und sich somit passgenau in den neuen Vorschlag einfügt. „Nur mit Studiengebühren fließt frisches Geld an die Hochschulen“, spricht sich Stifterverbands-Präsident Erhardt eindeutig für Studiengebühren aus.

Widerstand ist dahervor allem von der Bundesbildungsministerin zu erwarten. Edelgard Bulmahn (SPD) hatte sich schon im Wahlkampf auf ein bundesweites

Das neue **FINANZIERUNGSMODELL** entfacht den Wettbewerb: Leistungsfähige Hochschulen, die viele Studenten anziehen, bekommen durch Bildungsgutscheine und Studiengebühren auch mehr Geld

Verbot von Studiengebühren festgelegt. Die seien unsozial und schreckten vom Studium ab. „Dafür gibt es aber keine Hinweise“, entgegnet Müller-Böling. „Untersuchungen aus Zürich und Australien haben gezeigt, dass sich die soziale Zusammensetzung der Studierenden durch Gebühren nicht ändert.“

Was das Beispiel Australien jedoch auch zeigt: Obwohl die Gebühren di-

rekt den Hochschulen zugute kommen, hat der Staat über die Sockelfinanzierung den Finanzhahn langsam zugedreht. Viele Gebühren-Fans auf dem fünften Kontinent sind inzwischen ernüchtert.

Doch so lange niemand weiß, wie zusätzliches Geld für die Hochschulausbildung aufgetrieben werden kann, können sich selbst gewerkschaftsnahe Bildungsexperten und gewichtige Teile der SPD mit Studiengebühren anfreunden – zumal sich ab dem Jahr 2006 steigende Studienanfängerzahlen abzeichnen. Denn gerecht geht es auch bislang nicht zu. Die höheren Einkommen der Akademiker reichen längst nicht mehr aus, das Studium über Steuern rückwirkend zu bezahlen.

Schon in den kommenden Wochen könnte es zu so etwas wie einem „Runden Tisch“ für das Bildungswesen kommen. Ministerin Bulmahn will gemeinsam mit den Ländern, den Gewerkschaften und Arbeitgebern ein Forum Bildung ins Leben rufen. Ziel: nicht weniger als die Neugestaltung des deutschen Bildungssystems inklusive einer großen Bafög-Reform. „Unser Vorschlag dazu“, bekräftigt CHE-Chef Müller-Böling, „liegt auf dem Tisch.“